ihre Ueberzeugung zu äußern. Jeder, der überhaupt nur einen Zwischenruf sich erlaubte, wurde als ein Verräther betrachtet. Unter den jungen Leuten befanden sich viele Studenten der Rechte. Was müssen sie für einen Begriff von den Pflichten eines Richters haben! Glücklicherweise sind nicht alle Studenten von diesem Schlage. Das beweist am besten die Sympathiekundgebung der Schüler der Ecole normale für ihren Lehrer Gabriel Monod. Monod hat heute in einem schönen Briefe geantwortet, aus dem wir eine Stelle anführen wollen:

„Sie sind bestimmt, in einer Zeit zu leben, wo die Heftigkeit und die Verderbniß eines Theils der Presse, der stets bereit ist, Diejenigen der niedrigsten Beweggründe anzuklagen, die nicht wie die Menge denken, den feinfühligen Seelen vor jeder öffentlichen Thätigkeit Ekel einflößt . . . Man wagt keine Verantwortlichkeit mehr auf sich zu nehmen aus Angst vor Angriffen und Schmähungen. Sie werden sich vor dieser Schwäche bewahren und für die Zukunft Generationen heranbilden, stärker als die unsrigen, die den Muth ihrer eigenen Meinung und die Achtung vor der des Anderen haben und Frankreich seinen alten Ruf des Edelmuthes und der Tapferkeit bewahren werden."

Zwei Dinge interessiren uns bei der ganzen Angelegenheit noch besonders. Einmal der merkwürdige Begriff von Disciplin, der bei manchen Officieren des französischen Heeres herrscht. Man übertrage sich die Vorkommnisse der letzten Tage nur einmal auf deutsche Verhältnisse! Ein Officier, der angeschuldigt wird und nichts Besseres daraufhin zu thun weiß, als sich den ganzen Tag in den Redactionen gewisser, bei seinen Vorgesetzten sicher nicht in hohem Ansehen stehender Blätter herumzutreiben und dort seine Gegner mit Schmähungen zu überhäufen. Der Adjutant des Chefs des großen Generalstabes, dem die Schweigsamkeit seiner Vorgesetzten langweilig wird und der deshalb den Chefredacteur des „Vorwärts" — Pardon! des „Intransigeant" zu seinem Vertrauten macht. Ein Dutzend Officiere, die einem Reporter ihr Herz über einen früheren Kameraden ausschütten. Es giebt dafür nur eine Erklärung. Minister und Generale sind dem Wechsel unterworfen, Rochefort und Drumont und Millevoye aber bleiben, sie haben die Macht in den Händen; an sie muß man sich zuerst wenden.

Das Zweite ist die eigenthümliche Haltung der Blätter den Elsässern gegenüber. Monod, Scheurer-Kestner und Dreyfus sind Elsässer. Es ist, als wenn den Franzosen es mit einem Male zum Bewußtsein käme, daß sie hier eine andere Rasse vor sich haben, daß die Elsässer doch keine richtigen Franzosen sind und daß man sich deshalb nicht wundern dürfe, wenn sie es mit dem Verräther halten. Hoffentlich ziehen die Elsässer daraus den richtigen Schluß!

Deutsches Reich.

* **Leipzig**, 26. November. In der „Köln. Ztg." lesen wir:

„Berliner Blätter melden, es würden jetzt bei einigen Postämtern neue Kartenbriefe ausgegeben, die von den früheren insofern abweichen, als die vielbemängelte Fassung auf der Rückseite in folgender Weise umgeändert ist: „Das Briefporto ist für Kartenbriefe bei einfachem Gewicht 10 Pf. für Deutschland, Oesterreich-Ungarn einschließlich Bosnien und Herzegowina, Grenzverkehr (30 Kilometer) mit Belgien, Dänemark, Niederlande und der Schweiz; für die übrigen Länder 20 Pfennig." Wir müssen annehmen, daß dieser neue Aufdruck hier nicht richtig wiedergegeben ist; denn sonst wäre man einfach aus der Scylla in die Charybdis gerathen. Vor „Grenzverkehr" ist der Artikel „den" unerläßlich; das Wort kann doch nicht als artikelloser Ländername behandelt werden. Ferner muß „Niederlande", da es von „mit" abhängt, „Niederlanden" heißen, oder richtiger „den Niederlanden", da es auf den Artikel ebenso gut Anspruch hat, wie die gleich darauf folgende Schweiz. Aber hoffentlich liegen in der oben mitgetheilten Fassung Druckfehler der Zeitungen oder Nachlässigkeiten eines Berichterstatters vor."

Wir haben von diesen neuen Kartenbriefen noch keinen zu Gesicht bekommen können. Sollte es sich bestätigen, daß die Reichspostverwaltung mit der veränderten Aufschrift aus der Scylla in die Charybdis gerathen wäre — nach der ersten Aufschrift erscheint das nicht unwahrscheinlich —, so entschließt sich vielleicht der Reichstag, etwa durch die Annahme einer entsprechenden Resolution, darauf hinzuwirken, daß die aus wohlgezählten 34 Worten bestehende Aufschrift in richtigem Deutsch abgefaßt werde. Der Reichstag hat erfahrungsgemäß auf soviel unbedeutende Dinge Kraft und Zeit verschwendet, daß er mit gutem Gewissen der deutschen Sprache diesen immerhin ungewöhnlichen Dienst leisten darf; er würde damit sicherlich im Geiste des verewigten „Sprachreinigers" Heinrich v. Stephan handeln.

Ω **Berlin**, 26. November. Wie bereits mitgetheilt, ist der Landrath v. Puttkamer vom Amtsgerichte Stolp von der Anklage, welche die Redacteure des „Reichsbl." und des „Bauernfreund" gegen ihn erhoben hatten, freigesprochen worden, obgleich das Gericht anerkannte, er sei in seiner amtlichen Eigenschaft zu der betreffenden Verfügung nicht berechtigt gewesen, könne auch in seiner Eigenschaft als Beamter den Schutz des § 193 nicht beanspruchen. Dieser Schutz ist ihm aber trotzdem zugebilligt worden, „weil ein Redacteur als Verfasser der Zeitung ein Gewerbetreibender sei und der Ausdruck des angeklagten Landraths nur als ein „tadelndes Urtheil" über eine gewerbliche Leistung angesehen werden könne, die nur dann strafbar sei, wenn das Vorhandensein einer Beleidigung in der Form der Aeußerung oder aus den Umständen, unter denen sie geschah, hervorgeht." Schön. § 193 ist aber nur auf Majestätsbeleidigung und Beleidigung von Bundesfürsten nicht anwendbar. Wenn es nicht gekünstelt ist, den Redacteur als Gewerbetreibenden und seine Leistungen als gewerbliche und darum straflosem Tadel auszusetzende zu charakterisiren, so ist es auch nicht gekünstelt, Erlasse von Landräthen, die Einem nicht gefallen, nicht etwa als gewerbliche — Gott bewahre — aber als wissenschaftliche und künstlerische Leistungen anzusehen, die der § 193 den gewerblichen gleichstellt. Es bleibt abzuwarten, ob der Kritik an Puttkamer'schen Werken dasselbe Privilegium zuerkannt werden wird, wie der Kritik des Puttkamer.

△ **Berlin**, 26. November. Aus den Mittheilungen des „Reichsanzeigers" über die Berathungen des Colonialraths war zu ersehen, daß sich dieser auch mit der Lage der Usambara-Eisenbahn, der ersten Eisenbahn, die in den deutschen Colonien angelegt worden ist, beschäftigt hat. Daß dies geschehen müsse, war schon mehrere Wochen vorher bekannt geworden und hatte die „Freis. Ztg." zu einem ihrer bekannten Ausfälle gegen die Colonialpolitik veranlaßt, mit dem Schlußeffect, man müsse eigentlich Alles verkommen lassen. In der Usambara-Eisenbahn, die zunächst von Tanga nach Korogwe und von hier aus nach dem Kilimandscharo weitergeführt werden sollte, um die klimatisch für europäische Ansiedelungen so geeigneten Bergbänge zu erschließen, ist deutsches Privatcapital angelegt in Höhe von 2 Mill. Mark. Da man noch wenig Erfahrungen im tropischen Eisenbahnbau hatte, außerdem ungünstige Witterung dazu kam, gelang es vorläufig nur, 43 km weit die Bahn betriebsfähig landeinwärts zu führen, etwas über die Hälfte des Weges nach Korogwe. Damit war das Capital erschöpft, der Bau stockte; die Betriebseinnahmen deckten die Ausgaben nicht, da die Bahn ein Torso war und nicht einmal den Pangani erreichte. Es sind nun Bemühungen im Gange, zur Fortsetzung des Baues, der erst nach seiner Vollendung sich verzinsen wird, die nöthigen Mittel aufzubringen, was natürlich nicht leicht gemacht wird, wenn ein großer Bruchtheil des Reichstags und der dahinterstehende Theil der öffentlichen Meinung künstlich in dem Glauben erhalten wird, daß coloniale Unternehmungen unnütze Geldverschwendung seien, und das deutsche Capital sich somit jederzeit gewärtig halten muß, selbst der moralischen Unterstützung durch die Volksvertretung verlustig zu gehen. Das tropische Klima ist für Eisenbahnanlagen nicht günstig; sie werden schneller angegriffen, als hier zu Lande. Damit ist klar, daß man diesen Bau nicht liegen lassen darf, wenn er nicht schwer beschädigt werden soll. Wir geben uns der Erwartung hin, daß in Rücksicht hierauf der Gesichtspunct zur Geltung gelangt ist, der unter den obwaltenden Umständen allein in Betracht kommen kann, im allgemeinen Interesse der Colonie die bisher fertiggestellten Anlagen wenigstens vor dem Verfall zu schützen, bis die Zurückhaltung des Capitals beseitigt ist, und den Betrieb, so gut es geht, aufrecht zu erhalten. Gewiß wird auch der Reichstag dazu seine Zustimmung ertheilen, zumal da Kosten von Belang dadurch nicht verursacht werden.

* **Berlin**, 26. November. Zu den Postreformen wird officiös geschrieben:

Wie die Postverwaltung im Allgemeinen, so darf auch das Verhältniß der Reichspost zu den Privatposten nicht in erster Linie unter dem finanziellen Gesichtspuncte betrachtet werden. Die Privatposten concentriren ihre Thätigkeit auf die ertragreichen Verkehrscentren, die Reichspost muß auch den Verkehr der entlegensten Heidedörfer bedienen und hat überdies 6 Proc. ihrer Bruttoeinnahme für Pensionen aufzuwenden, während die Privatposten Ausgaben an Pensionen so gut wie gar nicht haben. Es ist aber nicht wahr, daß es in der Absicht liege, die Privatposten gänzlich zu beseitigen oder doch ihr wirthschaftliches Gedeihen zu untergraben. Lediglich die ausschließliche Beförderung des verschlossenen, mit dem Attribut der Unverletzlichkeit ausgestatteten Briefs durch die Reichspost wird erstrebt. Beide dieser Art spielen aber in dem Geschäftsbetriebe der Privatposten nur eine geringe Rolle; bei diesen überwiegt der offene, zu Geschäftsanpreisungen u. s. w. bestimmte Brief weitaus. Das liegt auch in der Natur der Sache. Bei der Reichspost gewährt die Beamtenqualität der bei der Beförderung von Briefen thätigen Personen die nöthige Bürgschaft für sichere Beförderung und Integrität der Briefsendungen, während nur zu häufig das Personal der Privatposten eine solche Gewähr nicht annähernd bietet. Die Ausdehnung des Postregals auf verschlossene Briefe im Ortsverkehr, um die es allein sich handelt, ist weder für die Reichspost, noch für die davon betroffenen Privatunternehmungen von sehr erheblicher finanzieller Bedeutung. Die Reichspost verfolgt dabei in erster Linie nur das ideale Ziel (?), ihrer Aufgabe sicherer Vermittelung des Verkehrs mittels verschlossener Briefe in ähnlicher Weise und in demselben Umfange gerecht zu werden, wie dies seitens der Postverwaltung aller anderen Großstaaten sonst geschieht. Aber es wird auf die Erreichung dieses Zieles auch so entschiedener Werth gelegt, daß eine entsprechende Aenderung der jetzt giltigen Bestimmungen die nothwendige Vorbedingung für alle übrigen Reformen des Postwesens bilden dürfte, und daß demgemäß auch an alle die von dem Publikum gewünschten Erleichterungen des Verkehrs so lange nicht zu denken sein würde, als jene Aenderung des Reichspostgesetzes nicht erfolgt ist.

Dies würde doch kaum verständlich sein, wenn es sich bei der Sicherung des Regals betreffs der verschlossenen Briefe — die allerdings erwägenswerth ist — nur um ein „ideales Ziel", nicht auch um finanzielle Interessen handelte.

Y **Berlin**, 26. November. (Telegramm.) Zur gestrigen Frühstückstafel bei dem Kaiser und der Kaiserin waren geladen der Finanzminister Dr. v. Miquel, der Cultusminister D. Dr. Bosse, der Staatssecretair des Reichsamts des Innern Graf von Posadowsky-Wehner und der Chef des Civilcabinets v. Lucanus. Nach der Tafel hörte der Kaiser die Vorträge des Finanzministers, des Cultusministers und des Staatssecretairs des Innern. Heute früh um 8 Uhr hat sich der Kaiser, wie schon berichtet, zur Jagd nach der Göhrde begeben.

⊙ **Berlin**, 26. November. (Telegramm.) Dem Vernehmen der „Nordd. Allg. Ztg." zufolge sind der Director des Reichspostamts **Fritsch** zum Unterstaatssecretair, der Geheimen Oberposträthe **Krätke** und **Tydow** zu Directoren im Reichspostamt ernannt worden.

⊙ **Berlin**, 26. November. (Telegramm.) Der „Nordd. Allgem. Ztg." zufolge sind als Delegirte Deutschlands zu der Brüsseler Conferenz zum Schutze des **gewerblichen Eigenthums** der Geheimrath des Reichsamts des Innern Hauß, der Botschaftssecretair in London Graf Arco Valley und der Geheimrath im kaiserl. Patentamte Robolski bestimmt.

□ **Berlin**, 26. November. (Privattelegramm.) Die Nr. 24 des Anarchistenblattes „**Neues Leben**" vom 11. November wurde, wie der Beschluß des Amtsgerichts I ergiebt, wegen eines Artikels beschlagnahmt, der die vor zehn Jahren in Chicago gehenkten Anarchisten verherrlicht, den Mörder Canova's als hochherzigen Helden bezeichnet. Gegen den Redacteur des genannten Blattes ist auf Grund des § 111 R.-St.-G.-B. das Strafverfahren wegen Verherrlichung des Mordes resp. Aufforderung dazu eingeleitet worden. Der Beschlagnahme ist außer 300 Exemplaren der betr. Nummer auch die Platte zu dem Titelbild (die Chicagoer Hingerichteten) verfallen.

— Der evangelische Oberkirchenrath hat, der „D. T." zufolge, der Generalsynode den Entwurf eines Kirchengesetzes vorgelegt, wonach ein Hilfsfonds für landeskirchliche Zwecke errichtet und dazu eine Umlage in der Höhe von einem Procent der Staatseinkommensteuer von den evangelischen Bewohnern erhoben werden soll.

— Der in nächster Woche hier eintreffenden Reichstagsabgeordnetem wartet, wie die „Köln. Ztg." berichtet, eine sehr schöne und kunstsinnige Ueberraschung. In den beiden prachtvoll ausgestatteten Lese- und Schreibsälen des schönen Wallot'schen Reichstagspalastes sind seit Kurzem zwei gewaltige Oelgemälde aufgehängt, die zu einem Cyklus von Bildern „Vom Fels zum Meer" gehören, welche die Wände dieser beiden Säle demnächst schmücken sollen. Das eine jetzt fertiggestellte Bild ist an der Kaminwand des Schreib-Saales angebracht; es stammt vom Meister Schönleber in Karlsruhe und stellt Straßburg und den Straßburger Dom in vollendeter Weise dar. Das zweite Bild, an der Querwand des Lesesaales angebracht, ist von Professor Bracht in Berlin gemalt; es bildet den Schluß des genannten Bildercyklus und stellt die wuchtige Masse des Kreidefelsens und den Strand von Arcona auf Rügen dar, dem die Ostsee in ruhiger Bewegung die dunklen Wogen unaufhörlich zusendet. Das Bild trägt noch den Vermerk „unvollendet", weil der Maler sich vorbehalten hat, die Schlußabtönung des Bildes an Ort und Stelle mit Rücksicht auf die Beleuchtung des Saales und die Zusammenstimmung mit dem übrigen Bildern vorzunehmen.

— Eine Protestversammlung der Steindrucker und Lithographen gegen die neu gegründete Streikversicherung nahm folgende Resolution einhellig an:

„Die Versammlung erblickt in dem Vorgehen des Unternehmerthums und der Gründung der Streikversicherung „Industria" den Versuch, die gerechten Bestrebungen der um ihre wirthschaftliche Existenz ringenden Arbeiterschaft zu hemmen, und verpflichtet sich, da jeder Druck einen Gegendruck erzeugt, energischer als bisher für die Stärkung der Arbeiterorganisation zu agitiren, um den Machinationen der Arbeitgeber kräftig entgegentreten zu können."

— Ueber die Sonntagsruhe im Droschkenfuhrgewerbe sprach gestern Reichstagsabgeordneter Bebel in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung der Berliner Droschkenkutscher, in der einstimmig die Absendung einer Petition betreffs Einführung der Sonntagsruhe im Droschkengewerbe an die gesetzgebenden Körperschaften beschlossen wurde. Es wird darin das Ersuchen ausgesprochen, den Droschkenkutschern einen vierundzwanzigstündigen Ruhetag in jeder Woche, der jede dritte Woche auf einen Sonntag fallen muß, zu gewähren. Die Droschkenführer zahlreicher größerer Städte, wie Hamburg, Bremen, Dresden, Leipzig u. s. w., haben sich bereit erklärt, sich dieser Petition anzuschließen, event. Sonder-Eingaben in gleicher Richtung dem Reichstage zugehen zu lassen.

* **Hamburg**, 25. November. Die Zollanschlußcommission beantragt, nach der „Wes.-Ztg.", 3¾ Millionen zur Einziehung der Wandrahminsel ins Zollgebiet.

* **Braudenburg**, 25. November. Bei der heute beendeten Ergänzungs-, bezw. Ersatzwahl der Stadtverordneten wurden die sechs Socialdemokraten gewählt. Es ist das, nach dem „B. N. N.", das erste Mal, daß socialdemokratische Vertreter in die Stadtvertretung kommen.

* **Bernburg**, 25. November. Pastor Kötzschke theilt in der heutigen Nummer der hier erscheinenden „Mitteldeutschen Morgen-Zeitung mit, daß er die Redaction derselben übernommen hat. Das Blatt wird fortan als „Organ für den Mittelstand und die werkthätige Bevölkerung Anhalts und der Provinz Sachsen" erscheinen.

* **Glogau**, 25. November. Die freisinnigen Parteien werden sich auch hier bekämpfen. Die Vereinigung des hiesigen Wahlkreises beschloß, an der Reichstagscandidatur des Rittergutsbesitzers Maager festzuhalten, die Volkspartei stellt einen eigenen Candidaten auf.

* **Sondershausen**, 25. November. Der Gemeinderath stellt sich zu den Nationalfestspielen recht kühl und lehnte einen Beitrag vor der Hand ab.

th. **Aus Thüringen**, 25. November. In Erfurt fand eine Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der Conservativen Thüringens statt, die sich hauptsächlich mit dem nächsten Parteitag und der Organisation in Thüringen für die bevorstehenden Reichstagswahlen beschäftigte.

* **Jena**, 25. November. Der Großherzog traf heute Mittag aus Weimar zu kurzem Aufenthalte hierselbst ein. Er besuchte u. A. den Präsidenten des Oberlandesgerichts Brüger und den hier in ärztlicher Behandlung befindlichen Commandanten der Wartburg v. Cranach.

* **Mülheim a. d. Ruhr**, 25. November. Nachdem von der nationalliberalen Partei Commerzienrath Möller-Bruchwede als Reichstagscandidat namhaft gemacht worden war, haben auch die Conservativen gestern in einer Vertrauensmänner-Versammlung des Wahlkreises Duisburg-Mülheim-Ruhrort einstimmig beschlossen, ihre Stimmen auf diesen Candidaten zu vereinigen. (Köln. Ztg.)

W. **Stuttgart**, 25. November. In ihrer gestrigen Sitzung erledigte die Evangelische Landessynode die Berathungen über die Verbesserung der Gehaltsverhältnisse der evangelischen Geistlichen. Bei der Abstimmung wurden die vorgeschlagenen Bestimmungen, durch welche eine Besserung des bestehenden Zustandes erreicht wird, sämmtlich angenommen. Nach diesen Bestimmungen soll das Durchschnittsgehalt eines evangelischen Pfarrers künftig auf 3200 ℳ erhöht werden.

* **München**, 25. November. Der Bischof von Regensburg hatte vor einiger Zeit den Geistlichen seiner Diöcese ganz allgemein das Radfahren verboten. Das Verbot kann jedoch nicht mehr aufrecht erhalten werden. Mehr als 50 Geistliche der Diöcese haben vom Ordinariat bereits die Erlaubniß erhalten, das Fahrrad zu benutzen. Dem einzureichenden Dispensations-Gesuche ist ein ärztliches Zeugniß, daß das Radfahren dem Gesuchsteller gesundheitsfördernd sei rc., beizugeben. Das erzbischöfliche Ordinariat Bamberg, das ebenfalls unlängst den Geistlichen das Radfahren untersagte, hat auf eine Eingabe des Verbands zur Wahrung der Interessen der bayerischen Radfahrer jetzt den Geistlichen gestattet, zum Zwecke der Seelsorge sich des Rades zu bedienen. — Im Finanzausschuß kamen die Eisenbahnunfälle auf den bayerischen Staatsbahnen zur Sprache. Ministerpräsident v. Crailsheim constatirte bei dieser Gelegenheit, daß die Unfallstatistik in den letzten fünf Jahren für Bayern ein sehr günstiges Resultat ergeben und daß sich in Bayern die Betriebssicherheit verhältnißmäßig größer erwiesen habe als im übrigen Deutschland. Die „M. N. N." bemerken dazu: Es liegt nahe, diese Besserung damit in Verbindung zu bringen, daß die bayerischen Staatsbahnen ihre Ausgaben für zweite Gleise, Personal rc. erheblich vermehrt haben, während die preußischen Staatsbahnen zur immer stärkeren finanziellen Ausschlachtung das Sparsystem gerade in jüngster Zeit mit Macht betrieben. Daß interessen auch in Bayern noch nicht Alles so ist, wie es sein sollte, haben in diesem Sommer verschiedene Unfälle, besonders der Freilassinger, gezeigt.

* **München**, 26. November. (Telegramm.) Die Kammer der Abgeordneten setzte heute die Berathung der Anträge v. Vollmar und Pauli, betr. die Begnadigung der Haberer, fort. Dr. Sigl hielt dabei eine 1½stündige Rede, in der er ausführte, alle Leute, gegen welche die Haberfeldtreiben gerichtet waren, hätten dies vollkommen verdient. Man hätte diese einsperren sollen und nicht die Haberer, die nach altem Herkommen ein Rügegericht abgehalten hätten. Das Volksbewußtsein stehe auf Seite der Haberer. Im Haberfeldtreiben liege noch heute ein bißchen Idealismus. Man müsse das Haberfeldtreiben aus dem Volksbewußtsein heraus beurtheilen und milde auffassen. Die Rede Sigl's, die anfangs mit Heiterkeit und Gelächter aufgenommen wurde, rief im weiteren Verlaufe fortwährenden starken Widerspruch hervor. Lebhafte Schlußrufe wechselten mit Rufen „Raus!" Die Mehrzahl der Abgeordneten verließ schließlich den Saal. Der Präsident ertheilte dem Redner wegen seiner verschiedenen Angriffe auf die Regierungsvertreter wiederholte Rügen und einen Ordnungsruf. Unter lebhaftem Beifall trat sodann der Justiz-Minister energisch für den von Dr. Sigl angegriffenen Bezirksamtmann von Miesbach ein. Gleichen Beifall fanden die Reden der Abg. Dr. Aub (lib.) und Dr. Orterer (Centr.), welche in scharfen Wendungen Sigl's Ausführungen bekämpften. Dieselben hätten hier im Hause Unerhörtes geboten. Sie verfochten den Rechtsstandpunct und verhinderten eine Begnadigung der Verurtheilten. Es dürfe nicht den Anschein gewinnen, als ob das Haus das Haberfeldtreiben anders beurtheile, als die Gerichte. Das Haberfeldtreiben sei lange Jahre hindurch ein Schaden gewesen, für dessen wirksame Abstellung Jeder der Regierung Dank wisse. Schließlich wurde ein Antrag Aub angenommen, über die zur Berathung stehenden Anträge zur Tages-Ordnung überzugehen.

Oesterreich-Ungarn.

Scandal über Scandal.

* **Wien**, 26. November. (Telegramm.) Das Gerücht, es seien in Folge des heutigen Tumultes im Abgeordnetenhause fünf Abgeordnete verhaftet worden, entbehrt der Begründung. — (Von einem Privat-Correspondenten.) Während der Lärmscenen im Saale des Abgeordnetenhauses erhob sich auch auf der zweiten Galerie ein Tumult. Dieselbe wurde sofort geräumt. Das Haus ist von der Sicherheitswache in allen Corridors gefüllt. Die Thore sind geschlossen. Die Sitzung ist unterbrochen. Ein großes Wachaufgebot bewacht das Haus.

* **Wien**, 26. November. (Telegramm.) (Abgeordnetenhaus. Fortsetzung.) Nachdem das Publicum von der zweiten Galerie entfernt ist, erscheint der Präsident, mit stürmischen Pfui-Rufen, andauerndem Lärm und Pfeifen von der Linken empfangen. Mehrere Abgeordnete schlagen auf die Pulte und pfeifen. Andauernde Pfui-Rufe. Der Präsident versucht zu sprechen, bleibt aber infolge des Lärmes unverständlich. Der Präsident spricht wiederholt gegen die Linke und sucht dieselbe zu beruhigen, wird jedoch überschrien. Stürmische Rufe links: „Wache hinaus!" Die Abgg. Wolf und Resel pfeifen gellend im Saale. Abg. Franz-Hofmann spricht mit dem Grafen Badeni. Seine Parteigenossen schieben ihn von der Ministerbank. Neuer andauernder Lärm; es wird mit Pultdeckeln geschlagen und geworfen. Der Präsident eröffnet die Sitzung, ruft den Abg. Wolf zweimal zur Ordnung und erklärt denselben schließlich auf 3 Sitzungen für ausgeschlossen, was auf der Linken große Tumulte hervorruft. — Der sozialistische Abg. Daszynski ruft: Sie gehören ins Zuchthaus! Der Präsident spricht mit dem Wachcommandanten, unterbricht die Sitzung und verläßt die Tribüne. Der Wachcommandant begiebt sich auf die linke Seite, spricht daselbst mit den Abgg. Funke, Perchelt und Lecher und geht mit vier Wachleuten auf die linke Seite des Hauses. — Es ertönen stürmische Rufe: „Halt!" Einzelne Abgeordnete leisten Widerstand. Die Wache dringt vor. Der Commandant fordert den Abg. Wolf auf, den Saal zu verlassen. Wolf wird sodann von der Wache aus dem Saale entfernt. Einzelne Abgeordnete der Linken stießen die Wache mit Gewalt zurück. Diese begiebt sich darauf auf ihren Platz zurück. Stürmische „Pfui"-Rufe der Linken begleiten die einzelnen Scenen. Auf der Rechten ertönen Beifallsrufe. Der Präsident erscheint wieder auf der Tribüne, von stürmischen „Pfui"-Rufen empfangen. Es wird „Abzug!" gerufen und mit den Pultdeckeln geschlagen. Der Präsident will dann unter fortdauerndem Lärm den Auftrag zur Entfernung der Wache ertheilen. Abg. Daszynski ruft: „Sie alter Verbrecher!" Abg. Berner: „Hochverräther!"

* **Wien**, 26. November. (Telegramm.) Die Obmänner sämmtlicher oppositionellen Clubs beschlossen einhellig, von der Abstinenz abzusehen. (Voss. Ztg.)

* **Wien**, 26. November. (Privattelegramm.) Die „Neue Freie Presse" schreibt: Sitzung des Abgeordnetenhauses unter Assistenz einer Polizeibrigade, militairischer Cordon zwischen der Rechten und Linken, Prügelei der Volksvertreter mit den Dienern und den Polizeiwachleuten, so sieht der gestern durch die Compagnie Falkenhayn-Abrahamowicz „gerettete" Parlamentarismus schon heute aus. Das Dienstreglement der Sicherheitswache ist jetzt parlamentarisches Grundgesetz und das Präsidium führt ein k. k. Polizeicommissair. Es bleibt abzuwarten, ob wirklich die Absicht besteht, allen Feinden Oesterreichs das ständige Schauspiel einer von Polizei bewachten Volksvertretung zu geben.

* **Pest**, 26. November. (Telegramm.) Die ungarische äußerste Linke erklärt heute in ihrem halbamtlichen Organ „Egyetertes", falls das Provisorium nicht durchgeführt würde, werde sie gegen jede gesonderte Ordnung der Verhältnisse obstruiren, wenn diese nicht auf Grund der vollen Selbstständigkeit Ungarns, das heißt der Personalunion, vorgeschlagen werde. (Voss. Ztg.)

Orient.

Kretische Gouverneursfrage.

* **London**, 26. November. (Telegramm.) Einer Konstantinopeler Drahtmeldung der „Times" zufolge erörterten die Botschafter am Dienstag die Frage, wer Gouverneur von Kreta sein solle. Alle stimmten überein, eine hervorragende Persönlichkeit solle vorläufig ernannt werden, damit sie im Amte bleiben könne, wenn die dauernde Ordnung hergestellt werde. Der russische Botschafter drückte die Meinung aus, der Gouverneur solle Mitglied der orthodoxen Kirche sein. Wie der „Standard" erfährt, wird demnächst Prinz Franz Josef Battenberg officiell als Gouverneur vorgeschlagen werden; die Zustimmung aller Mächte sei sicher. (Voss. Ztg.)

* Am 18. d. M. sind die türkischen Consuln nach Griechenland zurückgekehrt und haben daselbst die Consulatsgeschäfte wieder aufgenommen. Darnach haben die deutschen Consulate in Griechenland die Ausfertigung von Pässen für griechische Unterthanen, welche nach der Türkei reisen, eingestellt.

Asien.

Kiao-Tschau.

* **London**, 26. November. (Telegramm.) Wie dem „Reuter'schen Bureau" aus Yokohama gemeldet wird, beschäftigt die Kiao-Tschau-Angelegenheit ernstlich die Aufmerksamkeit der japanischen Regierung. Die diplomatischen Vertreter Japans im Auslande seien angewiesen worden, sich über die Entschlüsse der Mächte Gewißheit zu verschaffen. (Wiederholt und berichtigt.)

(Fortsetzung des Textes in der 1. Beilage.)

Bei den durch die Post bezogenen Exemplaren der vorliegenden Nummer befindet sich eine Extrabeilage der Ersten deutschen Kohlenanzünder-Fabrik Hugo Tschentscher in Güsten (Anhalt), auf welche auch an dieser Stelle hingewiesen sei.

Auer Gasglühlicht.
Fernspr. 1958. Centralhalle.
Geo. Schneider Nachf.

Famosa No. 90,
große hochfeine, milde 10-Pfennig-Cigarre,
Sumatra mit Habanna,
50 Stück ℳ 4.75, 1000 Stück ℳ 90.
F. A. Coppius, Petersstraße 15.
Spec. Russische Cigaretten u. Tabake.

Auskunfts-Bureau „Vorsicht"
Gegr. 1869. F. Vetterlein Nachf., Gegr. 1869.
Leipzig, Ritterstraße 8, I., Telephon-Amt I, 812.
Ertheilt Auskünfte auf das In- u. Ausland prompt u. gewissenhaft.

Geräuschlose Thürschließer, kleinstes System, dauerhafte Construction. Heinr. Ernst Poerschmann, Nicolaistr. 4.

Leipziger Pelzwaaren-Manufactur
Max Barthel
Brühl, Ecke Ritterstraße **Leipzig,** vis à vis der neuen Creditanstalt
patentirt mit der Königl. Sächs. Staatsmedaille.
Illustr. Preisliste gratis. Reichste Auswahl. Telephon Amt I 4062.

Für Felix-Brasil-Raucher!
Auserlesene feine Qualitäten
in guter Bremer Handarbeit, sowie in importirter Waare
von
Dannemann & Co. in St. Felix
zu 6, 7, 8 und 10 ₰ im Einzelverkauf
empfiehlt
Carl Flatau,
Cigarren-Import,
Goethe-Straße Nr. 5 (am neuen Theater),
Lortzingstraße Nr. 1 und Petersteinweg Nr. 10.

Gasglühlicht.
Patente Dr. Auer v. Welsbach.

Neu. Multiplex-Gasfernzünder.
Apparate f. Treppenbeleuchtung: Gaseconsum p. Stunde 1 Pfg. Haustur, sämmtliche Etagen auf einmal anzuzünden und zu löschen.
F. W. Daunhäuser,
Weststraße 12. Fernspr. 2058.
Instandhaltung im Abonnement.

Synagoge.
Gottesdienst: Sonnabend früh 8 Uhr 30 Min.
" Nachm. 2 " 45 "
Jugendgottesdienst.